



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung

4. Sitzung (öffentlich)

24. Oktober 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:45 Uhr bis 18:20 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig – Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere" | 3 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/175 | |
| | Zuschriften 16/54 und 16/55 | |
| | – Aussprache | 3 |
| | Der Ausschuss stimmt dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Errichtung einer Stiftung "Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig" einstimmig zu. | |

2	Die Innovations-, Wissenschafts- und Forschungspolitik in der 16. Wahlperiode	5
	– Aussprache	5
3	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)	17
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/300	
	Vorlage 16/145 Einzelplan 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	
	– Aussprache	17
	Mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU, FDP und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Haushalts- und Finanzausschuss, den Entwurf des Einzelplans 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung – anzunehmen.	
4	Die Wohnraumsituation der Studierenden und Studienanfänger/innen in NRW	21
	– Aussprache	21
5	Verschiedenes	22
	a) Eckpunkte der HG-Novelle	22
	b) Anhörung zum Klimaschutzgesetz	22
	c) Nächste Ausschusssitzung	23

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300

Vorlage 16/145
Einzelplan 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Vorsitzender Arndt Klocke weist darauf hin, die Piraten-Fraktion habe bereits Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, Fragen schriftlich einzureichen. Diese Fragen seien vom Ministerium beantwortet worden. Änderungsanträge zum Einzelplan 06 lägen nicht vor. Möglichkeiten für Änderungsanträge gebe es noch immer Haushalts- und Finanzausschuss.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) teilt mit, ein Änderungsantrag zum Einzelplan 06 sei im Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht worden. Man wolle die Zustimmung auf die Reaktion des Änderungsantrags seiner Fraktion beziehen.

Vorsitzender Arndt Klocke erwidert, zwar tage der Haushalts- und Finanzausschuss bereits morgen; trotzdem würden in der heutigen Sitzung die Beratung und Abstimmung durchgeführt.

Karl Schultheis (SPD) erklärt, seine Fraktion werde in der Sitzung keine Änderungsanträge vorlegen, behalte sich allerdings vor, im weiteren Verfahren noch Anträge zu stellen.

Angela Freimuth (FDP) macht darauf aufmerksam, der Haushalt sei bei seiner Verabschiedung bereits zu elf Zwölfteln vollzogen.

Neue Akzentsetzungen seien vor diesem Hintergrund kaum zu erwarten. Zustimmung könne ihre Fraktion dem Einzelplan ohnehin nicht. Ursächlich sei neben den falschen Prioritätensetzungen die nicht ausreichende Kompensation für die per Gesetz abgeschafften Studienbeiträge. Dadurch seien den Universitäten die Möglichkeit genommen worden, qualitätsverbessernde Maßnahmen finanzieren zu können. Die Ankündigung, dass die wegfallenden Mittel vollständig kompensiert würden, werde nicht realisiert. Der vorgesehene Ansatz sei nicht geeignet, den Ansprüchen zu genügen, die sich im Gefolge steigender Studierendenzahlen einstellten. Die qualitätsverbessernden Maßnahmen blieben aus.

Dr. Stefan Berger (CDU) legt dar, wegen des größtenteils vollzogenen Haushalts werde seine Fraktion keine Änderungsanträge einreichen. Ein Grund für die Ablehnung des Haushalts sei unter anderem die unzureichende Kompensation der nicht mehr erhobenen Studienbeiträge.

Außerdem mache er dieselben Kritikpunkte wie unter dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt geltend: Die Ministerin unternehme zu wenig und setze die falschen Schwerpunkte. Dass jetzt gebaut werde, liege daran, dass im Vorlauf Minister Pinkwart entsprechende Maßnahmen auf den Weg gebracht habe. Seit ihrem Amtsantritt könne Ministerin Schulze keine eigene Maßnahme vorweisen, die zur Verbesserung der Situation – beispielsweise im Zusammenhang mit dem doppelten Abiturjahrgang – beigetragen hätte. Der Haushalt belege das Nichtstun der Ministerin.

Marcel Hafke (FDP) moniert, wer – wie die Ministerin – den Bund immer und immer wieder auffordere, beim Hochschulpakt den Deckel abzuschaffen, aber gleichzeitig die Studienbeiträge mit einem Deckel versehe, handele schon ein wenig irrwitzig. Er, Hafke, könne sich vorstellen, dass die SPD-Fraktion unter ihren Änderungsanträgen auch einen Antrag zur Aufhebung der Deckelung bei den Studienbeiträgen formuliere.

Dem Westfalenblatt vom 23. Oktober entnehme er den Hinweis, dass für den Haushalt 2012 für die Medizinische Fakultät in Ostwestfalen 200.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden sollten. Wie solle dieser Schritt angesichts eines im Oktober doch eigentlich fast verausgabten Haushalts funktionieren?

(Dennis Maelzer [SPD]: Dann fragen Sie doch einmal das Westfalenblatt!)

Wie stellten sich die Ministerin und die Regierungskoalition die Ausfinanzierung des Care-Instituts vor? Dazu liefere der Haushalt ebenfalls keine Informationen.

Klaus Kaiser (CDU) kommt auf eine Internetveröffentlichung zu sprechen, laut derer die Ministerin zusätzlich 820 Millionen Euro zur Flankierung des doppelten Abiturjahrgangs bereitstelle. Nach seinen Informationen dürfe Nordrhein-Westfalen aus dem Hochschulpakt zwei 432 Millionen Euro erwarten. Sei dieser Betrag in den besagten 820 Millionen Euro enthalten? Oder seien gegebenenfalls die Komplementärmittel des Landes für das Bundesprogramm enthalten?

Diese Debatte, merkt **Vorsitzender Arndt Klocke** bei der Gelegenheit an, habe der Ausschuss in seiner letzten Sitzung ausführlich geführt. Er, Klocke, gehe nichtsdestoweniger davon aus, dass die Ministerin trotzdem Stellung nehmen werde.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) greift das von CDU und FDP angeschnittene Thema "Studienbeiträge und ihre Kompensation" auf. Weshalb legten die Fraktionen nicht entsprechende Anträge vor, die eine Wiedereinführung der Studienbeiträge zum Ziel hätten? Ein solches Verhalten wäre logische Konsequenz. Das seinerzeitige Angebot der Linken das in diese Richtung orientiert habe, hätten CDU und FDP stets abgelehnt.

Statt den Gesamtbetrag zu berücksichtigen, der den Hochschulen zur Verfügung stehe, fokussiere die Opposition lediglich auf einen Ausschnitt.

Auch seine Fraktion halte die Kompensation der Studiengebühren für zu gering, äußert **Oliver Bayer (PIRATEN)**. Allerdings sei der Ansatz seiner Fraktion anders motiviert als der der FDP. Die Studiengebühren sollten beibehalten werden. Darüber hinaus müsse es mehr Mittel für die Einrichtungen geben.

Selbst wenn das Haushaltsjahr 2012 schon fast um sei, könnten noch Kleinigkeiten verändert werden und trotzdem eine gute Wirkung entfalten. Seine Fraktion wolle beispielsweise die Mittel für die Online-Self-Assessment-Tests streichen und stattdessen die Mittel in den BAföG-Bereich und zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs geben.

Dietmar Bell (SPD) stellt klar, in Bezug auf die Deckelung der Hochschulpakt-2-Mittel gehe es auch um die Frage, ob im Verhältnis zu Nordrhein-Westfalen andere Bundesländer beim Zugang zum Hochschulpakt 2 bevorzugt worden seien. In anderen Bundesländern seien die doppelten Abiturjahrgänge vorgezogen gewesen.

Er wünsche sich ein geschlossenes Vorgehen, für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen etwas auf den Weg zu bringen.

Angela Freimuth (FDP) erinnert daran, im Zusammenhang mit dem doppelten Abiturjahrgang in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern habe ihre Fraktion sehr frühzeitig einen Antrag in die Beratungen eingebracht, um mit dem Bund über die Mittelverteilung neu verhandeln zu können. Offensichtlich löse Nordrhein-Westfalen mit seiner Größe bei anderen Bundesländern "bestimmte Reflexe" aus. Das belegten neben dem Hochschulpakt zahlreiche weitere Bereiche. Als großes Bundesland trage man ein höheres Risiko, beim Vergleich mit anderen Bundesländern einen schlechteren Schnitt zu machen.

Zur Einpreisung des doppelten Abiturjahrgangs verweise sie auf die Forderung ihrer Fraktion, vor dem Hintergrund von G8 neu zu verhandeln und den Bund finanziell stärker zu beteiligen.

Ihre Fraktion habe schon zu Zeiten, als im Parlament noch die Linken vertreten gewesen seien, einen anderen Ansatz bei den Studienbeiträgen verfolgt. Die FDP-Fraktion sei nach wie vor geschlossen der Auffassung, dass die Studierenden

über die Studienbeiträge als im Nachhinein sozialverträgliche rückzahlbare Zuwendung an der Qualitätsverbesserung der Studienbedingungen an den Universitäten herangezogen werden könnten. Dieser Weg könne nämlich zur Verkürzung des Studiums beitragen. Sie halte diesen Schritt, der keinen jungen Menschen vom Studium abhalte, für vertretbar.

Studienbeiträge seien unter Schwarz-Gelb eingeführt worden, um die Studienbedingungen für die Studierenden zu verbessern. Im Wahlkampf hätten SPD und Grüne versprochen, dass sich mit der Abschaffung der Beiträge für die Studierenden und Hochschulen an der Qualität und Ausstattung nicht ändere. Unlauter sei, dass die wegfallenden Mittel jetzt nicht in derselben Höhe kompensiert würden.

Ministerin Svenja Schulze (MIWF) geht auf die Wortmeldungen ein: Beim Hochschulpakt 2 handele es sich in der Tat um eine gemeinsame Finanzierungsverantwortung von Bund und Land. Die 820 Millionen Euro, die es 2013 zusätzlich zur Grundfinanzierung gebe, kämen je zur Hälfte vom Bund und vom Land. Das Land habe den Hochschulen zusätzliche Mittel für die Studierenden im Jahr 2013 zugesagt. Der Bund habe auch Mittel zugesagt. Diese Zusage sei allerdings an die KMK-Prognose aus dem Jahre 2009 geknüpft, die längst überholt sei. Sollte der Bund die ursprüngliche Deckelung nach der alten Prognose nicht aufheben, würde sich lediglich das Land Nordrhein-Westfalen finanziell engagieren. Sie lege größten Wert darauf, dass – wie in anderen Bundesländern auch – der doppelte Abiturjahrgang von Bund und Land gemeinsam finanziert werde. In dem Sinne appelliere sie an die Landespolitik, sich gegenüber dem Bund gemeinschaftlich für Nordrhein-Westfalen zu engagieren, statt "das Haar in der Suppe zu finden".

Aufgrund einer Vereinbarung werde das Care-Institut 2013 und nicht 2012 finanziert. Das sei der Grund, weshalb es im aktuellen Haushalt nicht zu finden sei. Derzeit liefen noch Vorstudien.

Sie beobachte mit großer Sympathie, dass die Front derjenigen, die Studiengebühren befürworteten, bröckle. Das gelte sogar für Bayern. Der dortige stellvertretende FDP-Landesvorsitzende Andreas Fischer habe sich für eine Abschaffung der Studiengebühren ausgesprochen. Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen hätten insgesamt einen sehr guten Stand.

Mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU, FDP und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Haushalts- und Finanzausschuss, den Entwurf des Einzelplans 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung – anzunehmen.